

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 848-48 ppbn d



## Inhalt

33. Jahrgang / 152

10. August 1978

Detlev Karsten Rohwedder,  
Staatssekretär, ruft zu  
neuen gemeinsamen An-  
strengungen auf dem Feld  
der Energiepolitik auf.

Seite 1/2

Alfons Pawelczyk MdB  
nimmt die Bundeswehr ge-  
gen Oppositionsvorwür-  
fe in Schutz.

Seite 3/4

Lothar Schwartz, SPD-  
Vorstandssprecher, warnt  
vor einer Legendenbildung  
bei der Affäre Filbinger.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Amerikanische Anstrengungen können unsere Probleme nicht lösen

Die Energiebeschlüsse des Weltwirtschaftsgipfels in Bonn

Von Dr. Detlev Karsten Rohwedder  
Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium

Unser Land ist zu 59 Prozent von Energieeinfuhren abhängig. Es besteht daher auf unserer Seite besonderes Interesse an internationaler Diskussion energiepolitischer Fragen. Die Interdependenz der Energiemärkte über die Ländergrenzen hinaus, die vielleicht erstmalig bei der Ölkrise im Jahre 1973/74 im Bewußtsein der Öffentlichkeit deutlich geworden ist, gewinnt angesichts langfristiger Verknappungstendenzen auf dem Energiesektor zunehmende Aktualität. Energiepolitische Maßnahmen etwa in den USA haben deutliche Rückwirkungen auf die Energieversorgung Europas und Japans - und umgekehrt.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich der hohe Stellenwert, der der Energiediskussion auf dem Bonner Wirtschaftsgipfel eingeräumt worden ist. Hatte vor einem Jahr in London noch die Problematik der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen gegenüber den energiepolitischen Notwendigkeiten der weiteren Entwicklung der Kernenergie im Vordergrund gestanden, so fand nunmehr in Bonn zum ersten Mal eine umfassende Diskussion der Staatschefs über die für die Weltwirtschaft wesentlichen energiepolitischen Probleme statt.

Dabei kam es nicht darauf an, grundsätzlich neue Erkenntnisse zu gewinnen und spektakuläre Beschlüsse zu fassen. Spätestens seit den letzten Jahren ist den für Energiepolitik Verantwortlichen aller westlichen Länder bewußt, welche Maßnahmen erforderlich sind, um den Gefahren einer langfristigen Verknappung von Energie zu begegnen. West-

lich ist vielmehr die Durchsetzung des energiepolitisch als richtig Erkannten im Alltag der praktischen Politik.

Die Energiebeschlüsse des Gipfels konzentrieren sich dementsprechend auf drei Schwerpunkte:

- Eine erneute Selbstverpflichtung der Gipfelländer, wirkungsvolle Energieprogramme durchzuführen;
- eine klare Aussage zur Rolle der Kernenergie für die künftige Energieversorgung;
- eine konkrete Initiative, den nichtölfördernden Entwicklungsländern bei der Durchführung ihrer Energieprogramme zu helfen.

Die Verringerung der Abhängigkeit von importiertem Öl ist permanente Aufgabe, und alle Länder sind aufgerufen, ihre Energieprogramme daraufhin zu überprüfen, welche zusätzlichen Maßnahmen zur Energieeinsparung und Entwicklung alternativer Energien ergriffen werden können. Von besonderem Gewicht ist hierbei das Engagement Präsident Carters zu beachtlichen zusätzlichen Anstrengungen der amerikanischen Energiepolitik.

Wer die innenpolitische Diskussion um das US-Energieprogramm im letzten Jahr verfolgt hat, kann die Bedeutung der Ankündigung ermessen, bis Jahresende ein umfassendes politisches Instrumentarium zu entwickeln, das zu Einsparungen bei der Öleinfuhr von 2,5 Millionen barrel/tag im Jahre 1985 führen wird, die Kohleproduktion um zwei Drittel zu erhöhen und den Preis für Öl in den Vereinigten Staaten bis Ende 1980 auf das Weltmarktniveau anzuheben. Wir sollten uns allerdings vor der Illusion hüten, daß mit solchen amerikanischen Anstrengungen unsere Probleme gelöst seien. In den letzten Jahren sind die US-Importe an Öl ganz erheblich gewachsen, und die Prognosen rechnen ohne Verwirklichung des US-Energieprogramms mit erheblich weiter steigenden Importen. Selbst eine Verringerung der für 1985 zu erwartenden Importe um 2,5 Millionen barrel/tag (entsprechend 125 Millionen t/Jahr und damit in der Größenordnung des Jahresverbrauchs der Bundesrepublik Deutschland) bedeutet immer noch einen erheblichen absoluten Anstieg der US-Nachfrage auf dem Weltmarkt.

Zur Kernenergie haben die Staatschefs klar zum Ausdruck gebracht, daß die weitere Entwicklung dieses Energieträgers unerlässlich ist - eine Feststellung, die vor dem Hintergrund der Kernenergie-debatte in praktisch allen Industrieländern und die rückläufige Entwicklung der Kernenergie-Programme in den letzten Jahren zu sehen ist. Für die Staaten, die von Importen angereicherten Urans und auch Natururans abhängig sind - und die große Mehrzahl der Industrieländer zählt insoweit zu den "have nots" - sind darüber hinaus die eindeutigen Aussagen der "haves" von besonderer Bedeutung. Die Zusicherung der USA und Kanadas, im Rahmen wirksamer Sicherungsmaßnahmen weiterhin zuverlässige Lieferanten von Kernbrennstoffen zu sein, das Engagement Präsident Carters insbesondere, seine volle Amtsgewalt einzusetzen, um eine Unterbrechung der Lieferung von angereichertem Uran zu verhindern und sicherzustellen, daß die bestehenden Abkommen eingehalten werden, trägt wesentlich zur Beruhigung der Diskussion nach Erlass des "Non Proliferation Act" der USA im März dieses Jahres bei.

Der Anteil der Entwicklungsländer am Weltenergieverbrauch wird im Zuge ihrer wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung ansteigen. Dies gibt neben der entwicklungspolitischen Bedeutung allen Anlaß, das eigene Energiepotential dieser Länder besser zu erschließen und ihre besonderen geographischen und klimatischen Bedingungen auch bei der Entwicklung der regenerierbaren Energien wie Sonne, Wind und biologische Energie zu berücksichtigen. Alle Gipfelländer werden konkrete Programme hierfür innerhalb eines Jahres entwickeln und - um Doppelarbeit zu vermeiden - sich hierbei international abstimmen. Darüber hinaus werden Bemühungen unterstützt, die Weltbank stärker als bisher in Energieprojekte in Entwicklungsländern einzuschalten.

(-/10.8.1978/ks/10)

Verzerrte Darstellungen verunsichern die Bundeswehr

Qualität der Ausbildung gewinnt zunehmend an Bedeutung

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses für Abrüstungsfragen

Der CDU-Abgeordnete Dr. Wörner hat sich kürzlich in einer Rede mit der Ausbildung unserer Soldaten befaßt. Diese Ausführungen bedürfen einer Antwort. Sie sind nicht nur teilweise falsch, sondern auch geeignet, durch Mißverständnisse Unheil zu stiften.

Im Gegensatz zur NATO kommt Wörner zu einer äußerst negativen Bewertung der Einsatzfähigkeit unserer Bundeswehr. Man könnte zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht die öffentlich ausgesprochene, ins negative verzerrte Bewertung ihrerseits die Bundeswehr verunsichern würde und damit zwangsläufig eine Minderung des Abschreckungswertes nach sich zöge. Natürlich gibt es auch in der Bundeswehr Probleme - verbesserungsbedürftige Zustände. Über sie sollte fair debattiert werden - zum Vorteil für unsere äußere Sicherheit. Dazu gehören auch Fragen der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr.

Zunächst zwei Vorbemerkungen über den Ort der Bundeswehr in unserer Gesellschaft und das Ziel der Ausbildungs- und Bildungsanstrengungen in der Bundeswehr.

1. Die Institution Streitkräfte und der Soldat als Individuum haben ihre besondere Stellung in Staat und Gesellschaft, die sie in der deutschen Verfassungsgeschichte bis 1945 besaßen, verloren. Angesichts des Spannungsverhältnisses zwischen dem Grundrechtsartikel 4 (Recht auf Kriegsdienstverweigerung) einerseits und der Pflicht zum Wehrdienst andererseits und der Verpflichtung aller NATO-Staaten, die äußere Sicherheit durch militärische Verteidigungsmaßnahmen und politische Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung ständig zu verbessern, entsteht ein intellektuelles und emotionales Spannungsverhältnis, das durch ein adäquates Bildungsangebot in der Bundeswehr immer wieder aufgelöst werden muß. Der Prozeß der geistigen "Verarbeitung" in einer pluralistischen Gesellschaft kann und darf nicht abgeschlossen sein, solange Streitkräfte zur Sicherung unseres Gemeinwesens unverzichtbar sind.
2. Ich stimme überein mit der Position, die der damalige Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel 1965 zur Bildung und Ausbildung in den Streitkräften bezogen hat:

"Der Beruf des heutigen Unteroffiziers und besonders des Offiziers kann nur noch in wenigen Bereichen mit dem des früheren Offiziers verglichen werden. Er muß ein weit höheres Maß an Bildung besitzen, ein größeres Verständnis haben für die Bedürfnisse der modernen pluralistischen Gesellschaft, Pädagogik und Psychologie. Aber auch Philosophie, Soziologie und Naturwissenschaften erleichtern ihm die Erfüllung seiner Pflichten als Truppenführer. Wissenschaftlich geschultes Denken gehört auch mit zu den Voraussetzungen für das richtige Handeln des Offiziers."

Diese gestern und erst recht heute gültige Überlegung fand ihren Niederschlag in der Weisung, die vom Bundesminister der Verteidigung im Sommer 1965 erlassen wurde. Sie

betonte zum Beispiel, daß der Offizierberuf ein geistiger Beruf sei und die Offizierausbildung zur Nachabiturausbildung gehöre. Deren Merkmal sei aber die Wissenschaftlichkeit. Wissenschaftlichkeit sei in diesem Zusammenhang kein Selbstzweck, sondern angesichts der "Strukturähnlichkeit allen Denkens" auch eine hervorragende Schule des militärischen Denkens.

Die 1965 entwickelten Ansätze sind von den Verteidigungsministern Schmidt und Leber weiterentwickelt worden. Die Zweckmäßigkeit des 1972 geschaffenen neuen Ausbildungs- und Bildungssystems konnte in fast allen Bereichen der Bundeswehr inzwischen unter Beweis gestellt werden. Eine abschließende Bewertung mit überprüfbareren Ergebnissen wird erst später möglich sein.

Erkennbaren Bemühungen innerhalb und außerhalb des Verteidigungsministeriums, sich von diesen Grundlagen wieder zu entfernen, müssen wir entgegenwirken. Mein Fraktionskollege Erwin Horn hat bereits am 28. April 1978 in der "Frankfurter Rundschau" zur Bildungspolitik in der Bundeswehr Stellung genommen.

Zu den Vorwürfen Wörners im einzelnen:

1. Wörner beklagt einerseits den desolaten Zustand der praktischen militärischen Ausbildung und lobt andererseits den Zustand im Bereich der inneren Führung und politischen Bildung.

Über den Zustand der politischen Bildung in der Bundeswehr liegen mehrere abgesicherte wissenschaftliche Untersuchungen vor. Sie zeigen, daß es entgegen Wörners Behauptungen damit nicht zum besten bestellt ist. Dort, wo die politischen Implikationen der inneren Führung vernachlässigt sind, kann man von intakter innerer Führung selbst dann kaum sprechen, wenn man sie auf moderne Menschenführung und Fürsorge reduziert.

2. Die Ausbildung der länger dienenden Unteroffiziere war noch nie so differenziert und anspruchsvoll wie gerade jetzt. Dies und das günstige Angebot an Bewerbern haben den Leistungsstand der Unteroffiziere und damit der Bundeswehr insgesamt erheblich verbessert. So erhält zur Zeit im Heer, der weitaus größten Teilstreitkraft mit dem größten Anteil an Wehrpflichtigen und den größten Ausbildungsproblemen, jeder länger dienende Unteroffizier zusätzlich zu seiner fachlichen militärischen Ausbildung eine weitere Schulung mit einem Berufsabschluß auf der Ebene des Meisters. Unteroffiziere, die in Spitzenverwendungen aufsteigen wollen, nehmen an zweijährigen Lehrgängen für staatlich geprüfte Techniker, Betriebswirte oder für andere hochwertige Berufe teil. Die Einrichtung von mehreren Fachschulen unter einem Dach mit den vorhandenen Truppschulen und einige tausend erfolgreiche Absolventen, dieser auch zivilberuflich anerkannten Lehrgänge, ist eine beachtliche Leistung, die Wörner entgangen zu sein scheint. Der nächste Schritt wird sein, die Unzulänglichkeiten der Ausbildung der nur kurz dienenden Unteroffiziere auszugleichen und einige besondere Probleme bei Luftwaffe und Marine zu berücksichtigen.
3. An den Hochschulen der Bundeswehr erhalten die jungen Offiziere in Ergänzung zu ihrer militärisch fachlichen Ausbildung ein wissenschaftliches Studium. Es war nie die Rede davon, daß das Studium die militärische Ausbildung ersetzen sollte. Die ersten Absolventen der Bundeswehr-Hochschulen sind jetzt in der Truppe. Das Urteil ihrer Vorgesetzten über die Bewährung dieser jungen Offiziere ist übereinstimmend

gut. Ihre technischen und organisatorischen Kenntnisse, ihre Fähigkeit rationell zu lernen und ihr Wissen um das soziale Umfeld der ihnen anvertrauten Wehrpflichtigen sind sicher besser, als dies bei den Leutnanten vor ihnen der Fall war.

4. Dr. Wörner bricht eine Lanze für die "Führungskunst". Er bemüht Vorbilder aus der deutschen Wehrmacht. Der Offizier von heute braucht mehr als "Führungskunst". Er braucht gesichertes Wissen über Führungsverfahren und Techniken. Er braucht soziale Kompetenz, und er muß wissen, in welchem Zusammenhang politisch, militärisch und gesellschaftlich sein Tun steht, damit er sich vor den gleichen Fehlern schützen kann, die seine älteren Kameraden zum Teil machten (Rudel-Diskussion). Er muß wissen, wofür er kämpfen soll, wenn es darauf ankommt. Diesem Ziel dient auch die Fortbildungsstufe C, die angehenden Staboffizieren die Grundlagen für zukünftige Verwendungen vermittelt. Wider besseres Wissen zeichnet Wörner von diesem Grundlehrgang ein Zerrbild, obwohl er am ersten Entschließungsantrag des Verteidigungsausschusses zur Fortbildungsstufe C vom Dezember 1973 selbst mitgewirkt hat. Damals bestand über die Notwendigkeit und Richtigkeit der Neuordnung von Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr bei allen Fraktionen Konsens.

Nicht wir, sondern Wörner und seine Freunde sind inzwischen davon abgerückt. Weil bei dem Grundlehrgang keine Infanterietaktik gelehrt wird, fehlt Herrn Wörner der Berufsbezug.

Ein Drittel der Lehre befaßt sich mit militärpolitischen, mit Bündnis- und Streitkräftefragen. Ein zweites Drittel beinhaltet, allerdings auf wissenschaftlicher Grundlage, eine für die Bundeswehr relevante allgemeine Führungslehre. Ein letztes Drittel hat das Selbst- und Umweltverständnis des Offiziers zum Gegenstand. Hier ist also die politische Dimension des Offiziersberufs angesprochen, sein Verständnis für gesellschaftliche Zusammenhänge, seine politische Urteilsfähigkeit, also letztlich auch politische Bildung.

In einem weiteren Ausbildungsabschnitt, in Verwendungs-, Funktions- und Sonderlehrgängen werden die Offiziere anschließend gezielt auf die militärische Praxis in den neuen Verwendungen vorbereitet.

(-/10.8.1978/ks/10)

+ + +

Legendenbildung wird zum Lehrstück

## Anmerkungen zur Affäre Filbinger-CDU

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Die Peinlichkeiten in Sachen Filbinger nehmen kein Ende. Dafür ist nicht etwa ein phantomhaftes "linkes Abschlußkartell", sondern eindeutig die CDU selbst verantwortlich. Das törichte Gerede von einer zweiten "Entnazifizierungskampagne", mit dem sich die CDU-Spitze zu Anfang der Affäre Luft zu schaffen versuchte, wurde jetzt von Generalsekretär Geissler ins Absurde gesteigert: Er sprach in Interviews von einer Kampagne, "die darauf abzielt, den Popanz des Rechtsradikalismus aufzubauen und die CDU als Partei der Mitte als rechtsextremistisch zu diffamieren".

Wenn die Union diese propagandistische Flucht nach vorn anzutreten versucht, um sich auf dem Wege der unredlichen Legendenbildung aus ihrer Gesamtverantwortung für den unserer Demokratie und insbesondere ihrem internationalen Ansehen entstandenen Schaden davonzumogeln, dann ist und bleibt der Fall Filbinger zweifellos ein Fall CDU. (Es sollte Herrn Geissler zu denken geben, daß die "National-Zeitung" ihre aus der Rechtsaußen-Position vorgenommene Bewertung mit der Schlagzeile "Filbingers Sturz-Auftakt zur großen Nazi-Jagd" versehen hat.)

Der vom CDU-Generalsekretär angezettelte und schon als konzertierte Aktion erkennbare Versuch einer erneuten Irreführung der Öffentlichkeit erweist sich in seinem Echo bereits als Lehrstück hinsichtlich der Funktionsfähigkeit der Publizistik in unserem Lande bei der Kontrolle und objektiven Bewertung politischer Vorgänge. Dafür gibt es Zitate aus einer Reihe von Blättern unterschiedlicher Grundhaltung:

"Er sieht sich als Opfer einer Rufmordkampagne, und Franz Josef Strauß stellt es nicht viel anders dar, wenn er vom Ende 'einer monatelang von den vereinigten Linkskräften unseres Landes geführten Kampagne' spricht. Beide haben nicht begriffen oder wollen nicht begreifen, daß es anders war. Strauß ist sogar in der Gefahr, aus Filbingers selbstverschuldeter Tragödie noch ein Geschäft machen zu wollen. Sein Vorwurf einer 'systematischen und unbarmherzigen Verleumdungskampagne von links' zielt direkt auf den Wahlkampf." Und: "An einer solchen Legende arbeitet nicht nur Filbinger selbst. Dafür kann man, mühsam zwar, aber noch zur Not, Verständnis aufbringen, da er offenbar nicht merkt, daß er als angeblicher Bannerträger der Freiheit

eine eher tragikomische Figur abgibt. Andere sollten jedoch wissen, daß sie sich, ihrer Partei und dieser Republik keinen Gefallen tun, wenn sie Filbingers Sturz allen möglichen finsternen Kräften zuschreiben, nur nicht ihm selbst." (Süddeutsche Zeitung vom 9. August 1978)

"Wenn Geissler jetzt versucht, Filbinger eine Märtyrerkrone aufs nach wie vor aufrechte Haupt zu drücken und seine Gestalt in den fadenscheinigen Mantel der Legende von den linken Verleumdern zu hüllen, so erweist er der CDU einen zweifelhaften Dienst." (Stuttgarter Zeitung vom 10. August 1978)

"Doch um einer Legendenbildung vorzubeugen, müssen die Gründe für Filbingers unfreiwilligen Rücktritt noch einmal festgehalten werden. Nicht seine Vergangenheit als Marinestabsrichter war der Anlaß wachsender Kritik, sondern die Art und Weise, wie er seine Vergangenheit früher dargestellt und sie dann erklärt hat, nachdem seine Mitwirkung bei Todesurteilen bekanntgeworden war." (Stuttgarter Nachrichten vom 8. August 1978)

"So leicht darf es sich jedenfalls niemand in der CDU, und schon gar nicht ein mit dem hochkarätigen Posten eines Generalsekretärs betrauter Mann machen, einen Parteifreund, der wegen schwerer eigener Fehler aus dem Verkehr gezogen werden mußte, in der Öffentlichkeit als Opfer einer Verleumdungskampagne zu verkaufen. Hängen bleiben soll, daß hier ein Unschuldslamm geschlachtet worden ist. Aber gerade diese schreckliche Vereinfachung wird eher das Gegenteil erreichen. Der CDU-Generalsekretär hat seinen angemessenen Beitrag dafür geliefert, daß das Thema Filbinger nicht in der Versenkung verschwindet. Der hessische Nachbar Alfred Dregger wird das möglicherweise bei der Landtagswahl Anfang Oktober zu spüren bekommen." (Frankfurter Rundschau vom 9. August 1978)

"Filbingers Selbstverteidigung war über peinliche Wochen darauf bedacht, sein eigenes Schicksal mit dem der CDU zu identifizieren, die Angriffe einer angeblich linken Mafia als Dolchstoß gegen die CDU schlechthin zu deuten. Aber mit dieser Konstruktion hat Filbinger weder die Öffentlichkeit noch seine Partei überzeugen können." (Frankfurter Neue Presse, 8. August 1978)

"Weil dem aber nicht so ist, weil Filbinger nicht in erster Linie von seinen Gegnern, sondern von sich selbst gestürzt wurde, müssen die Unions-Parteien vor der Versuchung gewarnt werden, sich aus falscher Rücksichtnahme auf Filbinger in die Geschichtsklitterung zu flüchten. Die Brunnenvergiftung würde fatale Folgen haben. Ursachen und Wirkung dürfen nicht verschoben werden. Die CDU wird erkennen müssen, daß selbst Gefälligkeitskompromisse nicht weiter helfen. Blicke Filbinger auf die Dauer stellvertretender Parteivorsitzender, er bliebe eine Belastung für die Partei, weil er ein Stein ständigen Anstoßes wäre. Auch Glaubwürdigkeit ist nicht teilbar." (Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 9. August 1978).

(-/10.8.1978/ks/10)